

Wer bestimmt die Zeit?

Arbeitszeitpolitik. Weniger arbeiten, bei Bedarf mal ein paar Tage extra freinehmen, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie – tarifliche Einheitslösungen werden den Arbeitszeitwünschen der Arbeitnehmer heute genauso wenig gerecht wie der Forderung der Unternehmen nach mehr Flexibilität. Wie eine moderne Arbeitszeitpolitik aussehen sollte, erklärt Hagen Lesch, Leiter des Kompetenzfelds Tarifpolitik und Arbeitsbeziehungen im IW, in seinem iwd-Kommentar.

—> [Seiten 2-4](#)



Weltwirtschaft

Das zum großen Teil kreditfinanzierte Wachstum Chinas birgt Risiken. Schwächt die Volksrepublik, würde das die Weltwirtschaft empfindlich treffen.

—> [Seiten 6-7](#)

Wohnungsleerstand

Vor allem in den ländlichen Gebieten Ostdeutschlands stehen viele Wohnungen leer. Um dies zu ändern, sind neue Stadtentwicklungskonzepte erforderlich.

—> [Seite 9](#)

Einheitslösungen sind passé

Arbeitszeitpolitik. Weil sich Gesellschaft und Wirtschaft vor allem durch die Digitalisierung und die demografische Entwicklung grundlegend verändern, ist eine moderne Arbeitszeitpolitik gefragt. Um die individuellen Bedürfnisse und die betrieblichen Notwendigkeiten auszubalancieren, müssen Tarifpartner und Politik neue Wege gehen.

Die Arbeitszeit ist auf die tarifpolitische Agenda zurückgekehrt – und es drohen Konflikte. Denn Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben derzeit eine recht unterschiedliche Sicht der Dinge: Auf der einen Seite zwingen internationale Arbeitsteilung und globalisierte Wirtschaft die Unternehmen, ihre Produkte und Dienstleistungen rund um die Uhr anzubieten, also flexibel auf die Wünsche der Kunden zu reagieren. Auf der anderen Seite streben die Arbeitnehmer eine bessere Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf an und wünschen mehr Mitbestimmung, Einfluss, Selbstverwirklichung und Verantwortung bei der Arbeit. Das heißt:

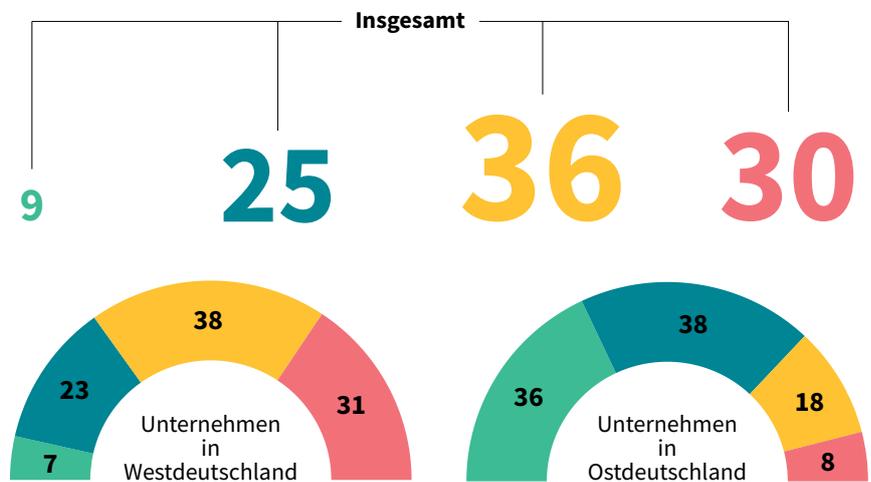
Das Arbeitsvolumen, das die Unternehmen einsetzen können, wird immer mehr durch das Arbeitsangebot der Beschäftigten begrenzt.

Die Unternehmen stehen also vor der schwierigen Aufgabe, sowohl die Flexibilitätsanforderungen ihrer Kunden als auch die ihrer Mitarbeiter unter einen Hut zu bekommen; und die Mitarbeiter müssen ihre individuellen Arbeitszeitwünsche mit den betrieblichen Erfordernissen in

Tarifliche Arbeitszeitregelungen: Für die Unternehmen nicht optimal

So viel Prozent der Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie waren 2017 mit den tariflichen Arbeitszeitregelungen ...

■ ... zufrieden ■ ... eher zufrieden ■ ... eher unzufrieden ■ ... unzufrieden



Insgesamt: einschließlich Arbeitgeberverband Nordmetall, der West- und Ostbetriebe organisiert
Quelle: IW-Befragung von 1.550 Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie im Herbst 2017
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Einklang bringen. Was beide Seiten konkret wünschen:

Die Arbeitnehmer wollen vor allem kürzertreten, wie eine Umfrage der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin aus dem Jahr 2017 zeigt (Grafik Seite 3):

Fast jeder zweite Arbeitnehmer wünscht sich eine Verkürzung seiner Arbeitszeit – nur jeder Achte möchte länger arbeiten.

Zwar sind es vor allem Vollzeitbeschäftigte, die ihr Arbeitspensum reduzieren wollen, und umgekehrt Teilzeitbeschäftigte, die eher mehr arbeiten möchten. Doch würden alle Vorstellungen umgesetzt, gäbe es ein

Problem: Die zusätzlichen Stunden der Teilzeitbeschäftigten reichen nicht aus, um die verlorenen Stunden der Vollzeitbeschäftigten auszugleichen – das Arbeitsvolumen würde also insgesamt schrumpfen.

Außerdem wünschen sich die Arbeitnehmer in der Summe nicht nur kürzere Arbeitszeiten, sie wollen auch mehr Einfluss auf den Arbeitsbeginn und auf die Pausenzeiten sowie die Möglichkeit, bei Bedarf ein paar Stunden oder Tage zusätzlich freizunehmen.

Würden diese Wünsche erfüllt, könnte sich das zwar positiv auf das Arbeitsangebot auswirken – denn

mehr Zeitsouveränität macht das Arbeiten attraktiver und könnte zum Beispiel mehr Frauen auf den Arbeitsmarkt locken. Allerdings würden die Zugeständnisse an die Mitarbeiter die Personalabteilungen vor die schwierige Aufgabe stellen, ein Mehr an Flexibilität für die einen nicht durch ein Weniger für die anderen zu erkaufen.

Die Arbeitgeber brauchen vor allem mehr Gestaltungsspielraum, insbesondere dann, wenn das gesamte Arbeitszeitvolumen künftig geringer ausfällt – das zeigt eine IW-Befragung von 1.550 tarifgebundenen Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie (M+E) in Deutschland von 2017 (Grafik Seite 2):

Zwei Drittel der M+E-Unternehmen sind mit den tariflichen Arbeitszeitregelungen „eher unzufrieden“ oder „unzufrieden“.

Die Bewertung unterscheidet sich allerdings deutlich zwischen Westdeutschland, wo die 35-Stunden-Woche gilt, und Ostdeutschland mit einer Wochenarbeitszeit von 38 Stunden: Während in den alten Bundesländern 69 Prozent der Unternehmen mit dem tariflichen Arbeitszeitvolu-

men hadern, sind es in den neuen nur 26 Prozent.

Die tariflichen Arbeitszeitregelungen werden aber nicht nur von jenen Unternehmen kritisch bewertet, die daran gebunden sind, sondern auch von Betrieben ohne Tarifbindung: Für 57 Prozent von ihnen sind die derzeitigen Tarifregeln sogar ein Grund, sich nicht an den Flächentarif zu binden.

Angesichts all dieser Wünsche, Trends und Notwendigkeiten stellt sich für die Tarifpartner die Frage, ob kollektiv verankerte Einheitslösungen noch zeitgemäß sind oder ob stattdessen vermehrt Rahmenregelungen getroffen werden, die auf unbürokratische Weise Raum für betriebsspezifische Lösungen und Differenzierungen zwischen einzelnen Arbeitnehmergruppen erlauben.

Konkrete Instrumente dazu sind zum Beispiel Lohnrunden, die auf Engpässe reagieren, Arbeitszeitkorridore und das Angebot eines lebensphasenorientierten Arbeitens (siehe Kommentar Seite 4).

Dreh- und Angelpunkt ist dabei die demografische Entwicklung. Zwar lässt sich der Rückgang des

Erwerbspersonenpotenzials und des potenziellen Arbeitsvolumens über die Zuwanderung von Fachkräften, höhere Erwerbsquoten und längere Lebensarbeitszeiten ausgleichen. Dazu müssen allerdings die bestehenden Anreize zur Frühverrentung beseitigt, die Beschäftigungsfähigkeit verbessert und die stille Reserve mobilisiert werden.

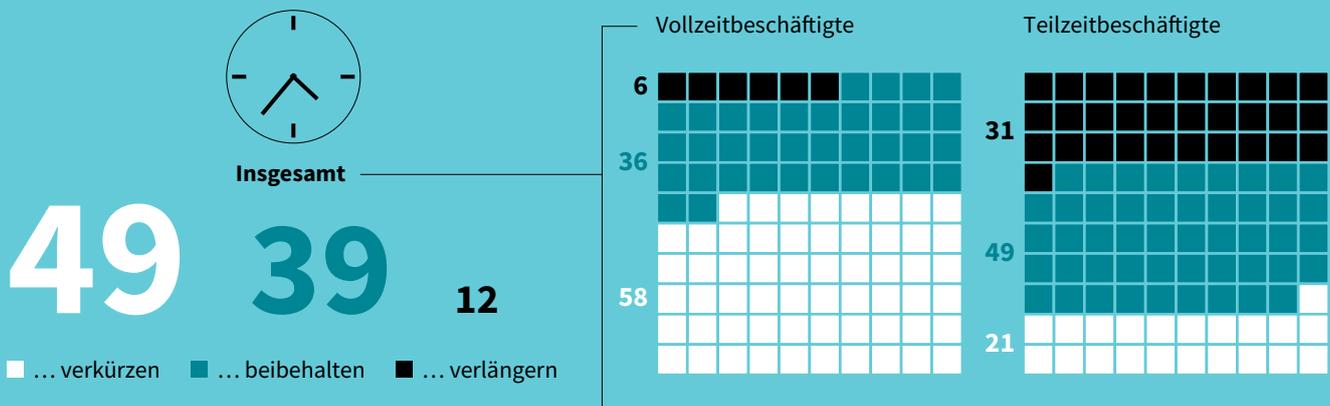
Auf betrieblicher Ebene müssen Beschäftigte und Unternehmensleitung an einem Strang ziehen, wenn sie ihre Produkte und Dienstleistungen gemäß den Kundenwünschen liefern wollen. Denn Arbeitszeitpolitik ist in erster Linie Betriebspolitik, muss also vor Ort praktiziert werden. Die Tarifparteien können neue Arbeitszeitmodelle durch entsprechende Rahmenregelungen flankieren und beiden Seiten vor allem beim Arbeitszeitvolumen mehr betrieblichen und individuellen Handlungsspielraum einräumen.

Aus IW-Trends 2/2019

Hagen Lesch: Arbeitszeitpolitik – Die neuen tarifpolitischen Herausforderungen
iwkoeln.de/arbeitszeitpolitik

Arbeitszeitwünsche: Jeder Zweite will kürzertreten

So viel Prozent der Beschäftigten wollten ihre Arbeitszeit 2017 ...



Quellen: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2019 IW Medien / iwd

„Die Arbeitszeit ist Sache der Betriebe“

Kommentar. *Wie eine moderne Arbeitszeitpolitik aussehen kann, erläutert **Hagen Lesch**, Leiter des Kompetenzfelds Tarifpolitik und Arbeitsbeziehungen im Institut der deutschen Wirtschaft.*



Foto: IW Medien

Die Arbeitszeit beherrscht wieder viele Tarifrunden. Ausgehend von dem im Jahr 2016 eingeführten Wahlmodell bei der Deutschen Bahn, bei dem die Mitarbeiter eine Lohn-erhöhung in zusätzliche Freizeit umwandeln können, fordern nun auch große Branchengewerkschaften Wahlmodelle. Auch wenn bei diesen Regelungen individuelle Arbeitszeitwünsche im Mittelpunkt stehen: Die Tarifparteien bürgen der betrieblichen Arbeitszeitpolitik zusätzliche Bürokratie auf.

Ein Problem besteht vor allem dann, wenn eine Tarifregelung Erwartungen weckt, die in den Betrieben nicht umgesetzt werden können. Durch den Fachkräftemangel, der sich von Betrieb zu Betrieb unterscheidet, ist es vielfach schwierig, Wünschen nach zusätzlicher Freizeit zu entsprechen.

Dies wirft die grundsätzliche Frage auf, wer für die Arbeitszeitpolitik zuständig ist. Der optimale Ort für eine innovative und passgenaue Gestaltung der Arbeitszeiten ist nun mal der Betrieb. Dies geschieht im Rahmen gesetzlicher Vorgaben, zum Beispiel bei der täglichen Höchst-arbeitsgrenze von zehn Stunden,

und – bei tarifgebundenen Unternehmen – unter Beachtung tarifvertraglicher Regelungen.

Der Gesetzgeber und die Tarifparteien stehen in der Verantwortung, die Rahmenbedingungen jeweils zeitgemäß zu gestalten. Aufgrund der digitalisierten Arbeitswelt und infolge der wachsenden Arbeitszeitsouveränität vieler Arbeitnehmergruppen hat sich in den vergangenen Jahren ein Reformbedarf aufgestaut.

So greift der deutsche Gesetzgeber bei der Festlegung der täglichen Höchst-arbeitsgrenze unnötig in die Gestaltungsspielräume von Beschäftigten und Unternehmen ein. Die europäische Arbeitszeitrichtlinie schreibt lediglich eine wöchentliche Höchstgrenze vor. Auch die elfstündige Ruhezeit ist in Zeiten, in denen dienstliche E-Mails auch mal am Abend beantwortet werden, eher anachronistisch. Hier sollten zumindest Bagatellgrenzen definiert werden, bei deren Unterschreitung die Ruhephase nicht als gestört oder unterbrochen gilt.

Angesichts der sinkenden Tarifbindung müssen auch die Tarifparteien prüfen, wie zeitgemäß ihre

Regelungen noch sind. In der Metall- und Elektro-Industrie etwa stößt die 35-Stunden-Woche auf große Vorbehalte. Da nützt es wenig, wenn verschiedene Quotenregelungen Ausnahmen erlauben. In Ostdeutschland, wo die gleichen Quoten gelten, die Wochenarbeitszeit aber drei Stunden länger ist, sind die tarifgebundenen Betriebe deutlich zufriedener mit der Arbeitszeitregelung. Eigentlich müsste sich der Westen an den Osten angleichen. Eine moderne Tarifpolitik überlässt diese Entscheidung aber den Betrieben. Die Tarifparteien würden lediglich einen Arbeitszeitkorridor vorgeben, in dem die Betriebe in Abstimmung mit ihren Betriebsräten ihre Wochenarbeitszeiten frei wählen können.

Eher national agierende kleine und mittlere Betriebe haben andere Anforderungen an die Arbeitszeit als internationale Großbetriebe. In den Tarifverträgen gibt es aber vor allem Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen und teilweise auch zwischen Ost- und Westdeutschland. Eine stärkere Differenzierung innerhalb einer Branche ließe sich durch Öffnungsklauseln und vor allem durch Arbeitszeitkorridore erreichen.

Mondgeschäfte

Weltraumwirtschaft. Die Kommerzialisierung des Weltalls bietet sprichwörtlich unendliche Möglichkeiten. Bereits heute werden mit Satelliten, Raketen und Weltraumdiensten mehrere Hundert Millionen Dollar umgesetzt.

Als überlaufen kann man diese Destination wirklich nicht bezeichnen: Seit dem 21. Juli 1969, als Neil Armstrong als erster Mensch den Mond betrat, haben gerade mal elf weitere Astronauten ihre Fußabdrücke auf diesem Himmelskörper hinterlassen. Die bislang letzten Besucher waren 1972 auf dem Mond.

Doch das soll sich bald ändern. Die Vereinigten Staaten wollen in spätestens fünf Jahren wieder Astronauten zum Mond schicken. Die amerikanische Raumfahrtbehörde NASA lässt bereits unbemannte Mond-Lander bauen, um ab dem kommenden Jahr Material auf den Mond bringen zu können und dort mit wissenschaftlichen Experimenten zu starten.

Doch anders als während der Apollo-Flüge entwickelt und plant die NASA heute nicht mehr alles selbst, sondern sourct aus: Private Unternehmen bauen die Raumschiffe und sind auch für die komplette Mission – also von der Vorbereitung des Starts bis zur Landung auf dem Mond – zuständig.

Zu den großen privaten Weltraumunternehmen zählen SpaceX des Tesla-Unternehmers Elon Musk sowie Blue Origin von Amazon-Gründer Jeff Bezos. Die beiden US-Firmen wollen in diesem Jahr jeweils Tausende von Satelliten ins All schießen, um – unter anderem – die Internetversorgung zu verbessern.

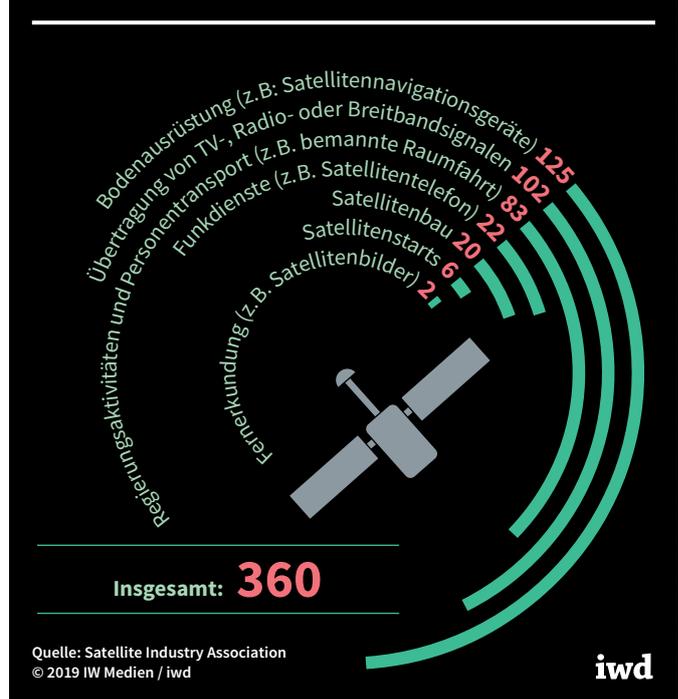
Doch auch in Deutschland wird Weltraumtechnik produziert. Die Bremer Firma OHB SE zum Beispiel baut Galileo-Satelliten sowie Teile des Forschungslabors Columbus, das auf der ISS eingesetzt wird. Galileo ist das Satellitennavigationssystem, das von der Europäischen Union betrieben wird, an dem sich aber auch viele Staaten außerhalb der EU beteiligen.

Im nächsten EU-Haushalt, der sich von 2021 bis 2027 erstreckt, sollen voraussichtlich 16 Milliarden Euro für europäische Weltraumprojekte ausgegeben werden.

Der globale Weltraummarkt wird derzeit von drei großen Segmenten dominiert: der bodenbasierten Ausrüstung, der Übertragung von TV-, Radio- oder

Wirtschaftsfaktor Weltraum

So viele Milliarden Dollar wurden 2018 weltweit in der Weltraumwirtschaft umgesetzt



Breitbandsignalen sowie der bemannten Raumfahrt und Regierungsaktivitäten (Grafik):

Insgesamt wurden 2018 in der Weltraumwirtschaft weltweit 360 Milliarden Dollar umgesetzt.

Besonders gut entwickelte sich die Fernerkundung: Der Umsatz für Dienste wie die satellitengestützte Analyse von Ackerflächen für die Landwirtschaft wuchs zwischen 2014 und 2018 um 31 Prozent. Auch andere Geschäftsfelder locken: angefangen beim Weltraumtourismus bis hin zur Gewinnung von Rohstoffen. Die Kommerzialisierung des Weltalls, auch New Space genannt, hat sprichwörtlich unendliches Potenzial. Die Finanzanalysten von Morgan Stanley sind jedenfalls zuversichtlich: Sie schätzen, dass der Umsatz im Weltraummarkt bereits bis 2040 auf mehr als 1 Billion Dollar steigen wird.

IW-Kurzbericht 43/2019

Hubertus Bardt: Wirtschaft im Weltall

iwkoeln.de/weltall

Risikofaktor China

Weltwirtschaft. China hat sein Wachstum in den vergangenen Jahren stark auf Krediten aufgebaut. Das birgt Risiken – nicht nur für die Volksrepublik. Wie sich ein schwächelndes China auf die Weltwirtschaft auswirken würde, hat das Institut der deutschen Wirtschaft mittels einer Simulation berechnet.

Auf der Liste der am stärksten wachsenden Volkswirtschaften war China zu Beginn des Jahrtausends mit zweistelligen Werten regelmäßig in der Spitzengruppe vertreten. Doch seit dem Jahr 2010 geht es für die Volksrepublik deutlich langsamer vorwärts, wenn auch immer noch mit Wachstumsraten von mehr als 6 Prozent.

Ursachen für den stockenden Aufschwung sind unter anderem die schwächelnde Binnennachfrage, rückläufige Exportaufträge und der Handelsstreit mit den USA. Ein weiteres Problem für China: Das Wachstum nach der weltweiten Finanzkrise 2009 wurde gewissermaßen mit vielen kreditfinanzierten Konjunkturprogrammen erkaufte. Die Folge:

Zahlreiche chinesische Banken – vor allem staatliche – haben einen hohen Anteil notleidender Kredite in ihren Büchern.

Doch nicht nur der Finanzsektor steht unter Druck. Die gesamtwirtschaftliche Verschuldung – also die Summe aus Staatsschulden, Unternehmensschulden und Schulden der Haushalte – ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen und beträgt aktuell rund 250 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Sie liegt damit auf einem ähnlichen Niveau wie in den USA und deutlich über der deutschen. Besonders hoch sind die chinesischen Unternehmen verschuldet (Grafik):

Die nichtfinanziellen Unternehmen stehen mit 153 Prozent des BIP in der Kreide.

Die Regierung in Peking hat dieses Problem schon 2015 erkannt und versucht, gegenzusteuern – bislang mit mäßigem Erfolg.

Ähnlich schlecht läuft es bei den privaten Haushalten. Jahrelang hat der Staat ihnen freizügig Kredite gewährt, um so die Inlandsnachfrage anzukurbeln. Diese Politik hat dazu geführt, dass die Verschuldung der privaten Haushalte von knapp 18,5 Prozent des BIP im Jahr 2007 auf fast 52 Prozent im Jahr 2018 gestiegen ist.

Mehr als die Hälfte dieser Schulden sind Hypotheken. Zwar haben die Immobilienkredite zunächst zur Erholung und dann zum Aufschwung des Wohnungsmarktes beigetragen, doch nun werden sie zu einer Belastung – es mehren sich die Anzeichen

China: Privatwirtschaft hoch verschuldet

Verschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2018

	 China	 USA	 Deutschland
Zentralregierung	48,3	97,2	65,9
Haushalte	51,5	76,4	52,7
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	152,9	73,9	55,5

für eine Immobilienblase. Vor allem in den größeren Städten verteuern sich Immobilien stark und die steigenden Preise gehen mit höheren Baukosten und Kreditaufnahmen einher. Deshalb nimmt das Risiko zu, dass die Blase wächst und letztlich platzt.

Die Regierung steckt dabei in einem Dilemma: Entweder pumpt sie weiter Geld in den Immobiliensektor und nährt damit die Blase, oder sie zieht sich zurück und nimmt ein geringeres BIP-Wachstum in Kauf.

Ein zusätzliches Problem für China ist der eskalierende Handelskonflikt mit den USA:

Das Wachstum der chinesischen Exporte hat sich im ersten Quartal 2019 unerwartet stark verringert. Laut Zollangaben legten die Ausfuhren gegenüber dem Vorjahresquartal nur um knapp 1 Prozent zu.

Die Importe sanken im Jahresvergleich sogar um rund 3 Prozent.

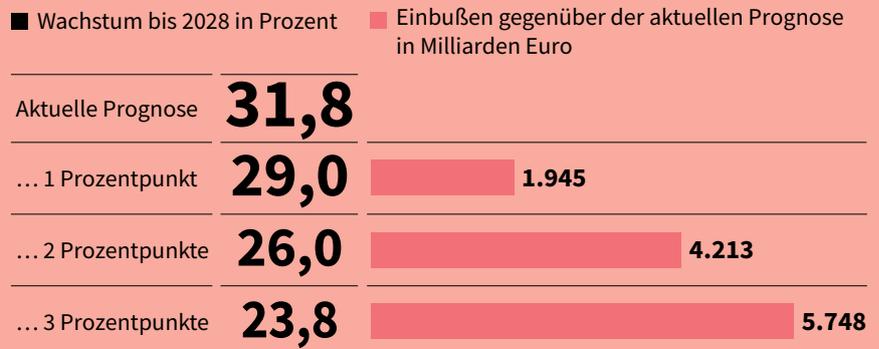
Nun will die Regierung in Peking die Binnennachfrage und die Exporte wieder ankurbeln – unter anderem mit Steuersenkungen (Mehrwert- und Einkommensteuer), Gebührensenkungen, Steuerrabatten für Ausfuhren, Zollsenkungen, einem besseren Zugang zu Krediten vor allem für kleine Betriebe und – wieder einmal – durch Infrastrukturinvestitionen.

Wie effektiv diese Maßnahmen sein werden, ist unklar, da ein Großteil der zusätzlichen Mittel in ineffiziente staatliche Unternehmen und nicht in private Unternehmen fließt.

Sollte China in eine ernste Krise geraten, hätte das erhebliche Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat dieses Szenario mithilfe des Global Economic Model von Oxford Economics in einer Simulation berechnet (Grafik):

Chinas Schwäche: Risiko für die Weltwirtschaft

Wenn das reale Wirtschaftswachstum Chinas jährlich um ... geringer ausfällt als erwartet, würde sich das weltweite BIP so entwickeln



Quellen: Oxford Economics, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Wenn das chinesische BIP bis 2028 real jährlich um 1 Prozentpunkt weniger wächst als derzeit angenommen, würde das Wachstum des weltweiten BIP um insgesamt 2,8 Prozentpunkte geringer ausfallen.

In absoluten Zahlen gerechnet würde das Einbußen von fast 2 Billionen Euro im Jahr 2028 bedeuten.

Falls Chinas Wachstum sogar um 3 Prozentpunkte einbricht, würde der Zuwachs der Weltwirtschaft bis 2028 um 8 Prozentpunkte verringert. Das entspräche Einbußen von gut 5,7 Billionen Euro.

Auch Deutschland würde die Schwäche Chinas spüren. Schließlich ist die Bundesrepublik der wichtigste Handelspartner Pekings in Europa. Umgekehrt ist China noch vor den USA das Partnerland Nummer eins für deutsche Unternehmen.

So würde eine Wachstumsverlangsamung Chinas um 3 Prozentpunkte dazu führen, dass die BIP-Wachstumsrate in Deutschland im Jahr 2020 um 0,1 Prozentpunkte sinkt. Dieser – auf den ersten Blick geringe – Effekt würde sich im Laufe der Zeit verstärken:

Laut IW-Modellrechnung wäre der Wachstumsverlust im Jahr 2028 dreimal so groß und entspräche einem Minus von 36,5 Milliarden Euro.

Im Moment sind dies Gedankenspiele. Doch die wirtschaftlichen Daten Chinas und die eingeschlagene Wirtschaftspolitik lassen eine Wachstumsverlangsamung realistisch erscheinen. Auch ein starker Einbruch ist angesichts der Rahmenbedingungen nicht auszuschließen.

China sollte daher seine Strategie ändern und stärker auf langfristiges Wachstum statt auf kurzfristige Erfolge setzen. Dazu müsste das Land seine ineffizienten staatlichen Unternehmen reformieren, seinen Dienstleistungssektor öffnen, Marktzugangsbarrieren für private und ausländische Unternehmen abbauen und nicht zuletzt eine konservativere Kreditvergabe an den Tag legen.

IW-Report 24/2019

Sonja Jovicic: Chinas Wirtschaft – Steigende Risiken

iwkoeln.de/wirtschaft_china

Europa zeltet

Campingbranche. In der EU gibt es fast 30.000 Camping- und Wohnwagenplätze – und der Bedarf steigt. In Deutschland werden sogar schon Existenzgründungsleitfäden für Campingplatzbetreiber erarbeitet.

Ein Zelt und so viele Möglichkeiten: Im Jahr 2017 waren allein in den 28 EU-Staaten 28.443 Campingplätze registriert – Tendenz: leicht steigend. Im Jahr zuvor gab es EU-weit noch 68 Camping- und Wohnwagenplätze weniger.

Auch in Deutschland hat sich die Zahl der Campingplätze erhöht. Zwischen Kampen auf Sylt, dem nördlichsten, und Oberstdorf, dem südlichsten Campingplatz, kamen im Laufe des Jahres 2016 weitere 31 hinzu. Damit gibt es nunmehr fast 3.000 Camping- und Wohnwagenplätze in Deutschland.

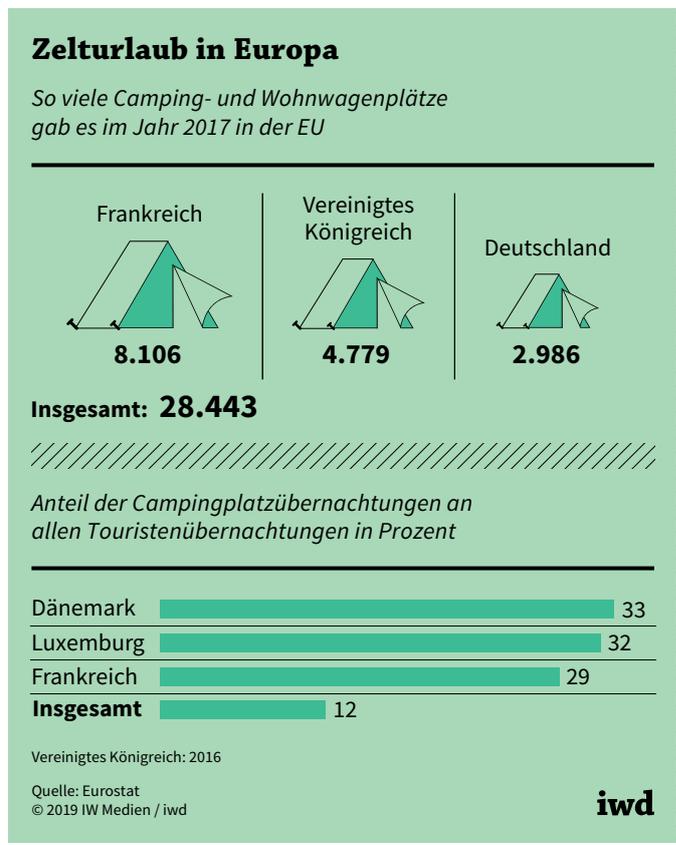
Der Bedarf ist allerdings weit größer. Nicht zuletzt profitiert dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) zufolge auch die Campingwirtschaft davon, dass immer mehr Menschen in der Bundesrepublik Urlaub machen. So legte die Zahl der bundesweiten Übernachtungen in den vergangenen zehn Jahren um rund 50 Prozent zu, was sich laut DIHK vor allem bei den Campingplätzen niederschlägt.

Bisher haben die Campingplatzbetreiber den Ansturm vor allem durch eine höhere Auslastung abgefedert, künftig sind jedoch Kapazitätserhöhungen erforderlich. Um die zu fördern, entwickelt der DIHK zusammen mit dem Bundesverband der Campingwirtschaft gerade einen Leitfaden zur Existenzgründung in dieser Branche.

Dabei bräuchte man eigentlich nur auf das Nachbarland Frankreich schauen, um zu wissen, wie Camping geht. Denn dort finden sich EU-weit die meisten Plätze für Camper und Wohnmobilisten (Grafik):

In Frankreich gab es im Jahr 2017 mehr als 8.100 Camping- und Wohnwagenplätze – das waren fast 30 Prozent aller EU-Zeltplätze.

Auf den terrains de camping wurden 2017 knapp 124 Millionen Übernachtungen gezählt – mehr als in jedem anderen EU-Land. Zwar ist der Anteil an Campingplatzübernachtungen in Dänemark mit 33 Prozent etwas höher als in Frankreich, wo 29 Prozent aller Touristen ihr Haupt auf eine Isomatte oder eine Liege im Wohnwagen betteten, doch die 412 dänischen Campingplätze ver-



zeichneten im Jahr 2017 nur gut zehn Millionen Gästeübernachtungen.

Zweitgrößte europäische Zeltstadt war 2017 Italien, wo annähernd 57 Millionen Gästeübernachtungen auf Camping- und Wohnmobilplätzen gezählt wurden. Mit knapp 39 Millionen Übernachtungen gehört auch Spanien zu den fünf beliebtesten Campingdestinationen in der EU. Deutschland landet mit rund 31 Millionen Touristenübernachtungen auf Platz vier, wobei das Ranking durchaus noch mal durcheinandergeschüttelt werden könnte, falls es vergleichbare Zahlen für das Vereinigte Königreich gäbe. Das hat mit annähernd 4.800 Campingplätzen deutlich mehr offizielle Zeltmöglichkeiten als Deutschland, doch weisen die Briten keine Nächtigungszahlen für diese Art der Unterkunft aus.

Nachbar gesucht

Wohnungsleerstand. *Wohnungsknappheit in den Großstädten, leere Häuser in ländlichen Regionen: Trotz der starken Zuwanderung in den vergangenen Jahren sind die Leerstände in vielen Kommunen gestiegen. Aufgrund der demografischen Veränderungen kann sich diese Entwicklung weiter verschärfen.*

Im Jahr 2016 standen 1,94 Millionen Wohnungen in Deutschland leer. Das waren 4,7 Prozent aller Wohnungen. Zum Vergleich: Im Jahr 2011 hatten nur 1,81 Millionen Wohnungen – 4,5 Prozent des Gesamtbestands – keine Bewohner. Weil junge Menschen abwandern, sind vor allem ländliche Gebiete betroffen. Die Folge (Grafik):

Besonders groß sind die Leerstände in Ostdeutschland. Dort stehen in 40 von 77 Kreisen jeweils mehr als 10 Prozent der Wohnungen leer.

Von den ostdeutschen Landkreisen und kreisfreien Städten weisen nur Berlin, Erfurt und Potsdam eine Leerstandsquote von unter 2,5 Prozent auf.

Spitzenreiter beim Leerstand ist mit 17,2 Prozent die kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau. Die Bauhausstadt erlebt seit 1990 einen erheblichen Strukturwandel und hat seit 2000 mehr als 15 Prozent ihrer Einwohner verloren.

Auch in vier der 324 Kreise in den alten Bundesländern – beispielsweise Hof in Bayern oder Cochem-Zell in Rheinland-Pfalz – steht jeweils mehr als jede zehnte Wohnung leer.

Daraus resultiert oftmals eine Reihe gesellschaftlicher Probleme, da ganze Landstriche oder Stadtviertel ausbluten und somit an Attraktivität einbüßen. Zudem schießen bei zu hohem Leerstand die Infrastrukturkosten pro Haushalt in die Höhe.

Um diese Abwärtsspirale zu durchbrechen, müssten die Kommunen vor allem auf eine nachhaltige Siedlungsentwicklung setzen – die Devise lautet „Umbau statt Neubau“. Fernab der Ballungszentren dürften demnach keine neuen Siedlungsgebiete auf freien Flächen entstehen – vielmehr sollten bereits erschlossene Siedlungsgebiete genutzt und modernisiert werden.

Dafür sind neue Stadtentwicklungskonzepte nötig, die es ermöglichen, die Ortskerne zu bewahren und kostengünstige Siedlungsstrukturen zu erhalten. Kommunen müssten dazu auch über die Gemeindegrenzen hinweg kooperieren und die bestehende Wohnungsnachfrage bündeln.

Zusätzlich sollte die Bundesregierung gezielt in strukturschwache Regionen investieren, um den regionalen Wohnungsmarkt zu stabilisieren und den Menschen vor Ort eine Bleibeperspektive zu bieten.

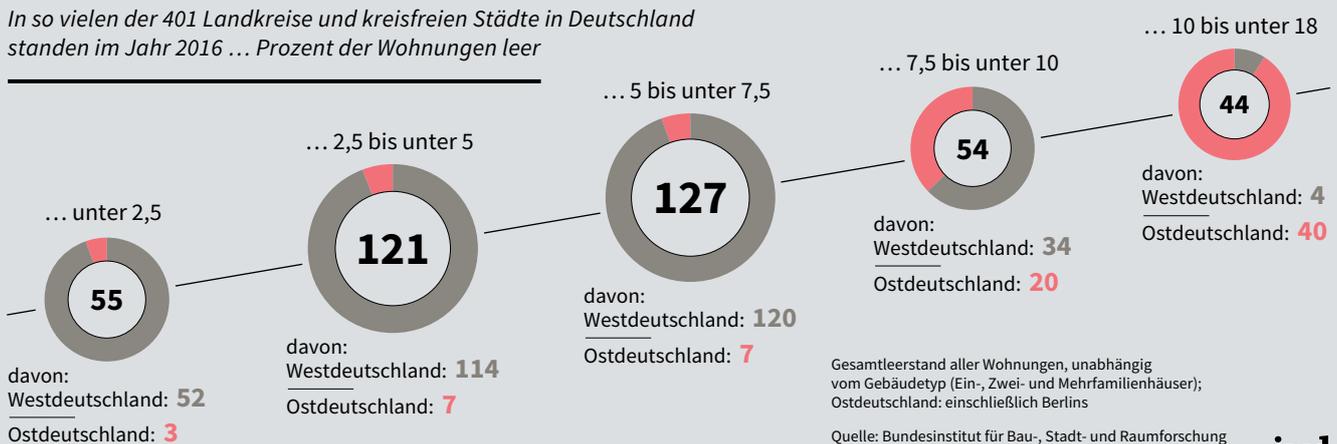
IW-Report 23/2019

Ralph Henger, Michael Voigtländer: Wohnungsleerstand in Deutschland und seinen Kreisen

iwkoeln.de/wohnungsleerstand

Wohnungsleerstand: Verschärfte Problematik im Osten

In so vielen der 401 Landkreise und kreisfreien Städte in Deutschland standen im Jahr 2016 ... Prozent der Wohnungen leer



Die Warnsignale mehren sich

Arbeitsmarkt. Mehr Erwerbstätige, mehr freie Stellen, weniger Arbeitslose: In den zurückliegenden sieben Jahren reihte sich eine gute Nachricht vom deutschen Arbeitsmarkt an die andere. Nun allerdings zeigen mehrere Indikatoren an, dass sich das Beschäftigungsklima abkühlt. Eine Rückkehr zu früheren Krisenlagen ist aber nicht zu befürchten.

Von 2012 bis 2018 ist die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland um 2,8 Millionen auf den Jahresrekord von mehr als 44,8 Millionen gestiegen. Und auch wenn sich der Aufwärtstrend in jüngster Zeit etwas abgeschwächt hat, waren im Mai 2019 mit gut 45,1 Millionen noch einmal 460.000 Menschen mehr erwerbstätig als ein Jahr zuvor. Spiegelbildlich hat sich die Zahl der Arbeitslosen seit 2012 um fast 600.000 verringert – auf 2,34 Millionen im Jahresdurchschnitt 2018.

Dennoch mehren sich mittlerweile die Anzeichen, dass es auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr ganz so rund läuft:

- Die Zahl der Arbeitnehmer in der Zeitarbeit – die als Frühindikator für den Arbeitsmarkt gilt – ist seit geraumer Zeit rückläufig. Dies dürfte nur zum Teil darauf zurückzuführen sein, dass der Einsatz von Zeitarbeitnehmern in den Betrieben 2017 schärfer reguliert wurde.
- Im Juni 2019 gab es mit rund 774.000 erstmals seit Oktober 2013 wieder etwas weniger offene Stellen als zwölf Monate zuvor (Grafik).
- Seit Anfang 2014 lag die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld I, die diese Leistung aufgrund von Arbeitslosigkeit – und nicht infolge der Teilnahme an einer Weiterbildung – beziehen, in jedem Monat

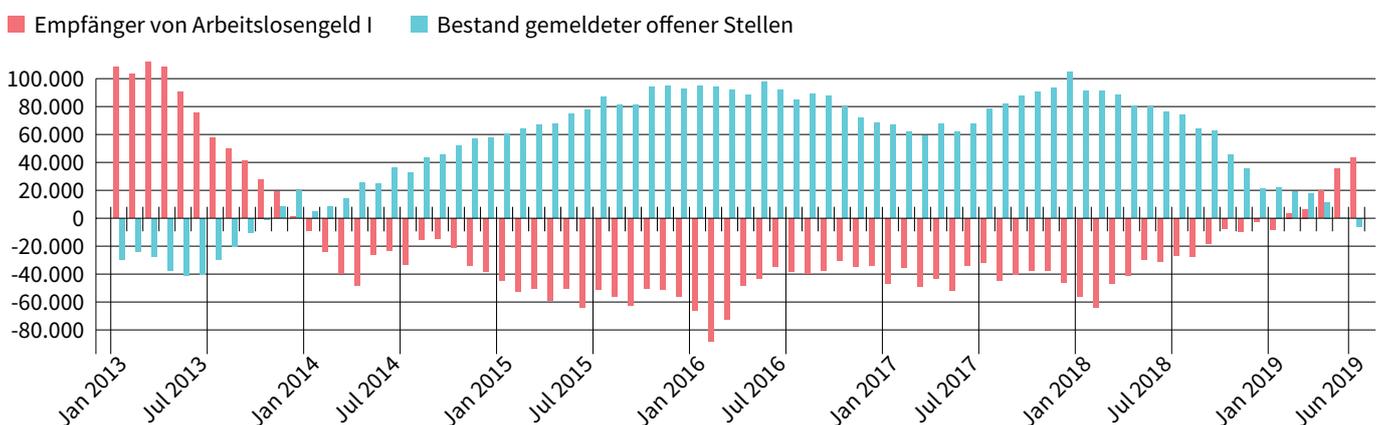
unter dem Vorjahreswert. Inzwischen hat sich der Trend gedreht:

Im Juni 2019 bezogen knapp 704.500 Menschen in Deutschland Arbeitslosengeld I wegen Arbeitslosigkeit – gut 43.000 mehr als ein Jahr zuvor.

- Die Zahl der Arbeitslosen ist im Mai 2019 gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 60.000 auf 2,28 Millionen gestiegen. Etwa gut die Hälfte dieses Zuwachses ist zwar auf eine statistische Korrektur zurückzuführen. Doch auch ohne diesen Sonder-effekt bleibt ein überraschend starker Anstieg der Arbeitslosigkeit festzuhalten. Im Juni hat sich die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl

Zahl der ALG-I-Empfänger steigt wieder

Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat



Arbeitslosengeld I: bei Arbeitslosigkeit, also ohne Empfänger von ALG I bei Weiterbildung

Quelle: Bundesagentur für Arbeit
© 2019 IW Medien / iwd

wieder stabilisiert – ob sich die im Mai angedeutete Trendumkehr verfestigt, bleibt daher abzuwarten.

Voreilig wäre es jedenfalls, die Indizien für eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage damit in Zusammenhang zu bringen, dass einige große Unternehmen in Deutschland einen Stellenabbau angekündigt haben – zum Beispiel Bayer, Thyssen-Krupp oder die Deutsche Bank.

Denn zwischen einer solchen Ankündigung und den tatsächlichen Stellenstreichungen vergeht meist viel Zeit. Und in zahlreichen Fällen führt ein Stellenabbau gar nicht zu Entlassungen, vielmehr werden regulär ausscheidende Mitarbeiter nicht

oder nur zum Teil durch Neueinstellungen ersetzt. Zudem erzeugen Meldungen über größere geplante Stellenkürzungen viel Resonanz – während gleichzeitig Nachrichten über Firmen, die zusätzliches Personal einstellen, eher untergehen.

Aus der Statistik lässt sich jedenfalls bislang keine erhöhte Neigung der Betriebe in Deutschland ablesen, Mitarbeiter zu entlassen. Bezogen auf alle Beschäftigten lag der Anteil derjenigen, die aus einer regulären Erwerbstätigkeit in die Arbeitslosigkeit gingen, im Mai 2019 mit 0,65 Prozent nochmals leicht unter dem Wert des Vorjahresmonats (0,66 Prozent).

Zu den Indikatoren, die auf eine Entrübung des Arbeitsmarktklimas

hindeuten, gehört zweifellos die stärker genutzte Kurzarbeit:

Von Januar bis Mai 2019 wurde insgesamt für 92.000 Arbeitnehmer bei den Arbeitsagenturen Kurzarbeit angezeigt – im gleichen Vorjahreszeitraum gab es nur 35.000 solcher Anzeigen.

Allerdings haben die Betriebe auch in den vergangenen, wirtschaftlich starken Jahren kurzarbeiten lassen – in den ersten fünf Monaten der Jahre 2015 und 2016 beispielsweise gingen bei den Arbeitsagenturen jeweils knapp 100.000 entsprechende Anzeigen ein. Im Krisenjahr 2009 wurde von Januar bis Mai insgesamt sogar für 2,4 Millionen Beschäftigte Kurzarbeit angezeigt.

Arbeitsmarkt-Hoch über Europa

Auch in der Europäischen Union insgesamt hat sich die Arbeitsmarktlage in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Die jüngste Rekordzahl: Im ersten Quartal 2019 hatten in den 28 EU-Staaten insgesamt 240,7 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz. Allein seit Anfang 2017 ist die Zahl um mehr als sechs Millionen gestiegen. Die Beschäftigungsquote erreichte im Schlussquartal 2018 mit 73,5 Prozent ebenfalls einen neuen Höchststand.

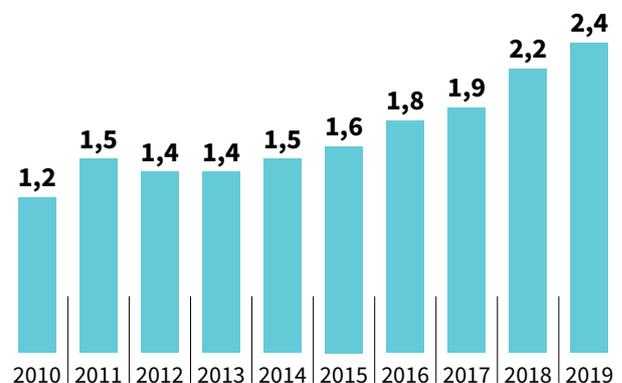
Allerdings hat das Tempo des Beschäftigungswachstums zuletzt nachgelassen, wie die EU-Kommission in ihrem neuesten Arbeitsmarktbericht feststellt. Zudem ist das Gefälle innerhalb der EU nach wie vor groß: Während in Schweden im vergangenen Jahr fast 83 Prozent aller 20- bis 64-Jährigen einen Job hatten, waren es in Griechenland weniger als 60 Prozent. Dennoch ist auch dort die Arbeitslosenzahl zuletzt deutlich gesunken.

Insgesamt fiel die Arbeitslosenquote in der EU-28 im Mai 2019 auf 6,3 Prozent – den niedrigsten Wert seit der ersten Veröffentlichung der Monatswerte zur EU-Arbeitslosigkeit im Januar 2000. Neben Griechenland meldeten zuletzt auch Spanien und Zypern einen besonders starken Rückgang der Arbeitslosenquote. Am niedrigsten ist die Erwerbslosigkeit gemäß Eurostat-Definition derzeit in Tschechien (2,2 Prozent), Deutschland (3,1 Prozent) und den Niederlanden (3,3 Prozent).

Diese Länder zählen spiegelbildlich auch zu den EU-Staaten mit den meisten offenen Stellen (Grafik). Der Trend bei diesem Arbeitsmarktindikator war bis zuletzt ebenfalls positiv: Im ersten Quartal lag die Quote der offenen Stellen in 14 EU-Ländern über dem Wert des Vorjahreszeitraums – nur in fünf Mitgliedsstaaten war sie leicht rückläufig.

Europäische Union: Mehr Jobs im Angebot

Offene Stellen in Prozent aller Arbeitsplätze in der EU-28, jeweils im ersten Quartal



Die EU-Länder mit den ... Anteilen der offenen Stellen an allen Arbeitsplätzen im ersten Quartal 2019 in Prozent

... höchsten	... niedrigsten
Tschechien 6,4	Bulgarien 1,0
Belgien 3,6	Irland 1,0
Deutschland 3,3	Portugal 1,0
Niederlande 3,2	Spanien 0,9
Österreich 3,1	Griechenland 0,6

Ohne Berücksichtigung von Dänemark, Frankreich, Italien und Malta, da deren Daten mit den übrigen Ländern nicht vollständig vergleichbar sind

Quelle: Eurostat
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
 Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Anja Hüpper
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-255
Fax: 0221 4981-99255
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis:
 € 11,55/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
 Telefon: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag:
 Institut der deutschen Wirtschaft
 Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de

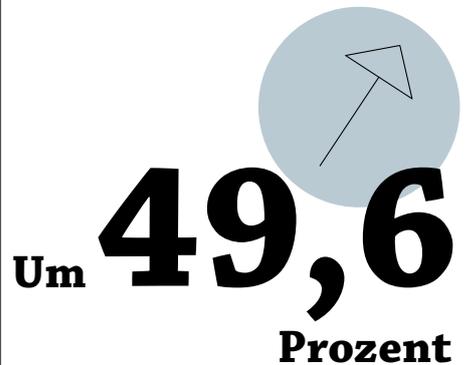
Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet.
 E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de



Top-Liste: Die Greisen-Hotspots

Es sind so viele wie noch nie: Aktuell leben laut Schätzungen der Vereinten Nationen weltweit rund 553.000 Menschen, die mindestens 100 Jahre alt sind. Im Jahr 2000 umfasste die Altersgruppe 100 plus erst 151.000 Personen, also nur knapp ein Viertel der heutigen Greisenzahl. Schaut man sich die Alten-Hotspots wie Barbados oder Martinique an, könnte man auf die Idee kommen, dass es der Lebenserwartung recht zuträglich ist, wenn man viel Zeit auf einer karibischen Insel verbringt. Und auch Japan, wo immerhin 73.000 über 100-Jährige wohnen, ist eine Inselnation. Dass so viele Japaner so alt werden, führt die Wissenschaft auf die gesunde traditionelle Küche, den medizinischen Fortschritt und das gestiegene Gesundheitsbewusstsein zurück. Dass aus denselben Gründen auch relativ viele Amerikaner ein biblisches Alter erreichen, erscheint im Land des Fast Food unwahrscheinlich, doch tatsächlich leben in den USA rund 90.000 Menschen der Geburtsjahrgänge 1919 und früher – so viel wie in keinem anderen Land der Welt.

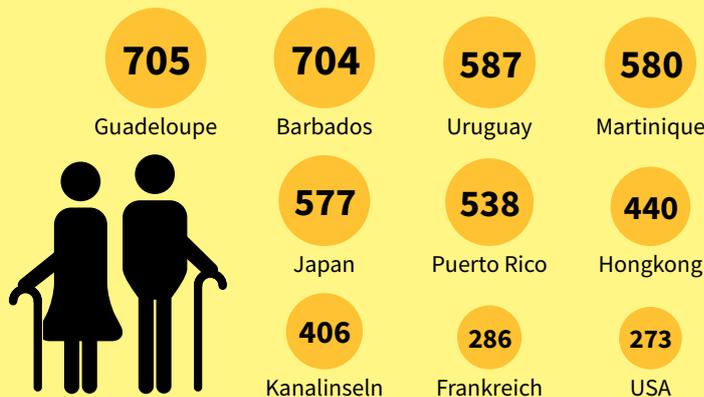
Zahl der Woche



sind die tariflichen Ausbildungsvergütungen in Deutschland im Durchschnitt aller Berufe von 2005 bis 2018 gestiegen. Damit haben die Azubi-Gehälter deutlich stärker zugelegt als die Tarifverdienste aller Arbeitnehmer im Industrie- und Dienstleistungssektor (plus 35,1 Prozent). Real, also wenn man die gestiegenen Preise berücksichtigt, hatten die Auszubildenden im vergangenen Jahr immerhin fast ein Viertel mehr Geld in der Tasche als 2005. Über alle Wirtschaftsbereiche hinweg betrug die durchschnittliche Ausbildungsvergütung im Jahr 2018 brutto 908 Euro pro Monat. In der Industrie wurden knapp 1.000 Euro gezahlt, im Handwerk und in der Landwirtschaft dagegen weniger als 770 Euro. Noch stärker ist das Gefälle, wenn man auf die einzelnen Berufe schaut: Während zum Beispiel angehende Maurer im gesamtdeutschen Durchschnitt mit monatlich 1.159 Euro entlohnt werden, kommen Schornsteinfeger lediglich auf 518 Euro.

Wo die meisten 100-Jährigen leben

Zahl der 100-Jährigen und Älteren je eine Million Einwohner im Jahr 2019



Kanalinseln: Inselgruppe im Ärmelkanal

Quelle: Vereinte Nationen
 © 2019 IW Medien / iwd